

Die Volksherrschaft

1921 Nr. 244

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

Abzugspreis: Die Hälfte und einmahlige Beilage monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 2,25 pro Bogen, danach die Post bezogen postab. Beilage.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 2. Juni

Anzeigenpreis: Die Spalte 24 mm breite 1 mm-Gewinnlinie 60 A. Die Spalte 30 mm breite 1 mm-Gewinnlinie 80 A. Haben nach Carl, Verlagsanstalt Halle-Saale.
Gefäßst. Halle: Bernburger Str. 80. Fernruf Nr. 4927.
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Druck von Otto Heiler, Halle-Saale

Das Programm der neuen Regierung

Ein Dokument der Schmach

In der Geschichte der parlamentarischen Regierungsform in Deutschland ist es unter dem Reichstangler Dr. Wirth zum ersten Male vorgekommen, daß ein Kabinett mehrere Wochen die Regierung führte, ohne dem Lande dargelegt zu haben, welche Ziele es eigentlich verfolgt. Man kann aber nicht sagen, daß durch diesen Mangel eines Regierungsprogramms der Parlamentarismus im allgemeinen und das Kabinett Wirth im besonderen an Ansehen und Achtung eingebüßt hätten, oder daß man sich in der Bevölkerung über die Absichten der neuen Regierung im Unklaren gewesen wäre. Der Parlamentarismus hat so oft seine vollendete Unfähigkeit und Untauglichkeit für deutsche Verhältnisse erwiesen, daß er in der öffentlichen Meinung kaum noch tiefer im Grunde sinken kann, und was das Kabinett an Autorität bei seinem Entstehen mitbrachte, davon kann ihm durch sich selbst etwas verloren gehen. Auch über das, was das Kabinett Wirth zu tun unternehmen würde, konnten Meinungsvorstellungen nicht gut bestehen. Es ist unter künftigen Bedingungen aufzubrechen, daß ihm die Aufgabefreiheit seines Wirkens von vornherein durch die mit seiner Entlassung vorgezeichnet war.

Das Kabinett Wirth ist ein Kind der Annahme des Einheits-Ultimatums. Es ist zu dem alleinigen Zweck der Welt gekommen, dies Ultimum auszuführen. Die Fortwähren des letzteren ist zu ungeschickter Art, daß bei dem Willen, es auszuführen, das gesamte interpolitische Leben nur unter ihrem Gesichtswinkel betrachtet werden darf. Das Kabinett Wirth hat sich selbst als das „Kabinett der Erfüllung“ bezeichnet und von seiner Presse in der Öffentlichkeit so nennen lassen. Es war demnach von vornherein klar, daß das Programm dieser Regierung nur in der Darlegung der Reichsintention bestehen konnte, nach denen der am 10. Mai gezeichneten Unterfertigung Genüge geleistet werden soll.

Das ist in der gestrigen Reichstags Sitzung dann auch geschehen, in welcher Dr. Wirth die übliche Programmrede gehalten hat. Der Reichstangler hat gestern aber auch manches gesagt, was äußerlich betrachtet, nicht zu dem vorhin umschriebenen Aufgabekreis der neuen Regierung gehört. In der Rede über das Ultimatum verbanden werden, weil letzteres alle Fragen der deutschen Politik überdeckt. Die Rede des Reichstanglers hat gerade durch die Betrachtung dieser feindlich notwendigen Gebiete zum Bewußtsein gebracht, in wie tiefe und wirbellose Schuldnotwendigkeit das deutsche Volk am 10. Mai gebracht worden ist. Ein Freiwerden von dieser Wirbelnotwendigkeit wird so lange undenkbar sein, als das Kabinett Wirth sich am Ruder befindet, das mit allen dieser deutschen Selbsterniedrigung und Selbstentwürdigung steht und fällt.

In seinem ersten Erfüllung seines Auftrages umschrieb Dr. Wirth die Aufgaben der Regierung, die sich aus der Annahme des Ultimatums ergeben, und die sich in der Hauptsache in die Gebiete der inneren Wehrlosmachung und der wirtschaftlichen Auffrischung des deutschen Lebens gliedern. Die Art, in welcher das Kabinett diese Aufgaben erfüllen will, ließ deutlich erkennen, daß es dem Reichstangler in erster Linie um die Mitarbeit der Sozialisten, bis in die Reihen der Unabhängigen hinein, zu tun ist. Einen ausgesprochen radikal-sozialistischen Zug tragen insbesondere die Ausführungen über die Reorganisation der deutschen Wirtschaft. Man erkennt hier unwiderräglich den Einfluß Rathenaus, der seine Gedanken über die sogenannte Volkswirtschaft bereits in der Programmrede des Reichstanglers hat „verantern“ lassen, um sie dann desto unbedenklicher verwirklichen zu können. Danach ist mit Sicherheit anzunehmen, daß über der Volk eine neue Periode der Monopolwirtschaft mit Monopolen und anderen staatlichen Verwaltungsorganisationen heraufziehen und der Sozialenapparat ins Ungemessene vermehren wird. Wenn Dr. Wirth auch einige Verbrauchsteuern genannt hat, so geht die Tendenz der Wirtschaft- und Steuerpolitik der Regierung doch auf eine Verhäufung des Weites, eine Vermehrung der selbständigen Erzeugnisse und Sozialisierung des gesamten Wirtschaftslebens hinaus, d. h. auf die Realisierung rein sozialistischer Ideen.

Nach außen hin begründet die Politik des Kabinetts Dr. Wirth „Berständigung“ mit den Alliierten, die sie in sich sozialistischer-demokratischer Verblendung durch die Ausführung des Ultimatums zu erreichen hofft. Im Innern legt die Regierung sich den „Wiederaufbau“ zum Ziele, in der feindlichen Meinung, daß dieser neben der Erfüllung der feindlichen Forderung möglich wäre, ohne zu bedenken, daß das eine das andere ausschließt. Und heute glaubt das Kabinett durch eine Verstäufung der verschiedenen Klassen im Innern erreichen zu können.

Selbst wenn man unterstellt, daß das Programm Dr. Wirths einer Verführung ist, können hinsichtlich der Tendenzen im Gegenteil nur genannt, die Verführung zu hinterlassen — so könnte doch keineswegs zweifelhaft sein, daß selbst eine in sich geschlossene deutsche Volksgemeinschaft niemals in der Lage wäre, die Forderungen zu erfüllen, die das Ultimum enthält.

Wenn Dr. Wirth zum Schluß die gesamte Bevölkerung aufrief, der Regierung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu helfen, so kann ihm nur entgegen werden, daß er sich in dieser Erwartung ebenso getäuscht haben wird, wie bei seinem Glauben an eine „Berständigung“ mit der Entente. Seine Einigung des deutschen Volkes auf der von Dr. Wirth

gezeichneten Grundlage wäre nichts anderes als ein gemeinliches Verkenntnis der gesamten Nation zu freiwilliger Anerkennung. Und ein Mitarbeiter an den Aufgaben dieses Kabinetts wäre eine Selbsterniedrigung des ganzen Volkes. Da ist es schon das kleinere Übel, wenn das deutsche Volk in sich gespalten bleibt, damit der national-aufrechtzeitige Teil der Bevölkerung erhalten wird und eine weitere Einigung auf der Grundlage des inneren Befreiungsdranges der Nation herbeiführen kann. Dr. Wirth forderte, daß unter Volk sein „Schicksal meistern“ müsse. Was die Regierung aber tun will, läuft auf das Gegenteil dieses hinaus. Das deutsche Volk wird sein Schicksal erst meistern können, wenn es sich von Ministern wie Wirth, Kosen und Rathenau befreit haben wird.

Die Reichstagsrede Dr. Wirths

Deutscher Reichstag
Berlin, 1. Juni.
Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichstangler Dr. Wirth: Drei Worte: Verantwortung, Wiederaufbau, Verführung.
Durch die Annahme des Ultimatums ist eine Art Schlüssel für die bisherige Einigung gesetzt worden. Nicht abendliche Gratzierung, sondern alleinige Anfertigung des Reaktionsprinzips wird für Deutschland und seine Lage bestimmt in der Welt erweisen. Das Ultimum stellt uns kurze Fristen, einige sind schon abgelaufen; wir haben sie eingehalten. (Bravo!) Wir finanzieren ein Gebot ist die bis zum 30. Mai zu zahlende eine Milliarde Goldmark rechtzeitig geleistet, davon 150 Millionen Goldmark in bar und der Rest durch Wechsel.

Die innere Wehrlosmachung

In der Abrüstungsfrage haben wir uns durch die Annahme des Ultimatums der Entschärfungsbemühungen der Pariser Note vom 24. Januar in dem mitteilbaren Gebiet, wie auf dem der Marine und des Luftwesens gezeigt. Die bisher abgelaufenen Fristen sind auch auf diesem Gebiet eingehalten worden. Die Reichsregierung ist einmütig der Ansicht, daß die Frage der Entschärfung zu keinen weiteren Verhandlungen führen, gefolgerte denn Anschlag auf Entschärfung gehen darf. Der Reichstangler geht jedoch noch von dem letzten Regierung in Ausführung der Entschärfungsbedingungen bisher veranlagt worden ist. Die Entschärfung der Einwohnerwehren wird von den Landesregierungen angeordnet. Die bayerische Regierung hat inzwischen die bestimmte Erklärung erteilt, dass die bayerischen Wehren sich an der unanwendbar gewordenen Entschärfung durchzuführen haben, so verdienen sie Dank. (Gelächter links.) Ich spreche namens der Reichsregierung die Erwartung aus, daß die Waffenabgabe pünktlich innerhalb der gegebenen Fristen erfolgt. Die freiwillige Entschärfung ist eine wichtige Art auch für Deutschland innere Einigkeit. In der Frage der Aufrüstung der Organisations glauben die bayerische Regierung, daß nach erfolgter Waffenabgabe die bayerischen Einwohnerwehren nicht unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrags fallen, aber die Reichsregierung sieht vor dem Ultimatum vom 5. Mai, und dies ermöglicht ihr nicht, die Einwohnerwehren von der Seite der aufzustehenden Organisationen auszunehmen. Diese Seite, die wir überdeckt haben, mußte die Einwohnerwehren und die Organisation öffentlich enthalten. Wir haben seine Eingriff in unser eigenes Vereinsrecht nur unter dem Druck der Alliierten vorgenommen.

Die sich aus der Annahme des Ultimatums ergebenden wirtschaftlichen Aufgaben sind die sozialistischen Aufgaben, das Wirtschaftsprogramm und die sozialistischen Aufgaben.

Das finanzielle Programm

Wir müssen beweisen, wie groß unsere Leistungsfähigkeit ist. Ein sorgfältiger und genauer Zahlungsplan muß aufgestellt und dem Garantienkomitee vorgelegt werden. Wir müssen, um die Kosten der Annuitäten zu decken, bestimmte Steuern einzuführen, bezeichnen, die in Reparationsangelegenheiten zur Verfügung stellen können. Wir müssen dahin streben, auf irgendeine Weise eine Summe aus Einnahme zu schaffen, die gleich hoch ist wie die schwebende Ausgabendeckung. Die harste Spannung zwischen der Kaufkraft des Geldes im In- und Ausland muß ausgerollt werden. Wir müssen sehen, die Reparationssumme als jährliche Ausgabe aufzubringen. Es muß ein Weg gefunden werden, bei der Differenzierung zwischen Hausbrand- und Industrieerzeugnissen.

Im übrigen gilt es, auch die sonstigen Steuern auszubauen. Die Besteuerer muß ausgebaut werden. Auch die Durchführung der bereits verabschiedeten Steuern ist sicherzustellen. Durch Ausbau der entsprechenden Organisation können mehrere Milliarden dem gefördert werden. Es hat ein großes Maß von Gebuld dazu gehört, im Laufe eines Jahres die Vermehrung der Weis- und Einkommensteuer zu überwinden. Wir sind demnächst gekommen, Einbehalten in den letzten zwei Monaten sind erfreuliche Erfolge erzielt worden. Wir sollen alles

tun, rasch die Weissteuer auch bei denen zur Durchführung zu bringen, die die Produktion in der Hand haben. Eine gewisse Reserve liegt vielleicht auch in der Nachsteuer hinsichtlich der Besteuerung weiterer Verbandsverpflichtungen.

Mehrere Gesellschaften sind in Vorbereitung. Diese spielen das Brandweinmonopol, die Biersteuer, die Besteuerung der bei der Zerkleinerung bestehenden Verpfändungen eine Rolle, ferner die Besteuerung der Zuerstveräußerung einschließlich der Zinssteuer, bei der die Frage eines Staffinanzmonopols entscheidend werden wird.

In einer Konferenz mit den Landesfinanzministern ist darüber beraten worden, wie die Entschärfung des Grund und Bodens in eine moderne Steuerform zu gießen sind.

Reben der unermittelbaren Belastung der Verbraucher müssen weitere Einnahmewege gesucht werden. Das heißt in erster Linie an den von der Geldbewertung minder betroffenen Reich an sachlichen Werten, die sogenannten Goldwerte, die von der Wertberichtigung des Papiergeldwertes nicht betroffen sind. Goldwert muß die Zukunftswirtschaft des Reiches zur Stütze der Volkswirtschaft und der Wertberichtigung möglichst reich abgebaut werden, abgesehen von Ausgaben zur Schaffung wirtschaftlichen Wertes. Erst letzter ist das große Problem der Abrüstungsfrage in Angriff zu nehmen.

Das Wirtschaftsprogramm

Im ersten Zusammenhang mit dem Finanzprogramm steht das Wirtschaftsprogramm. Wir müssen unsere Volkswirtschaft erwidern auf höhere Produktion und nationalwirtschaftliche Eigenleistung. Was wir im Innere erzeugen können, müssen wir auch im Innere selbst herstellen. Die Einfuhr von Luxuswaren muß durch Zollpolitik und handelspolitische Maßnahmen beschränkt werden. (Sehr richtig!)

Unsere Landwirtschaft muß auf die höchste Produktion eingestellt werden. Die Kulturarbeiten müssen durch rationelle Bearbeitung und Düngung verbessert werden. Die agrarische Bodenfläche soll vergrößert, die Erntebereiten erweitert und vergrößert werden. Die landwirtschaftlichen Gemeinschaften müssen rasch und großzügig weiter entwickelt werden. Wir müssen den Jahresmarkt mehr fördern.

Das Verkehrswesen im Innern des Landes muß ausgebaut werden zur technischen Hochleistung. Dazu kommt der Ausbau der Handelswege und der Ausbau von Kanälen. Wir müssen unsere Verkehrsleistungen produktiv beschleunigen.

Unsere gesamte Industrie muß auf Hochleistung nach Quantität und Qualität eingestellt werden. Normalisierung und Applikation werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Nur durch Qualitätssteigerung, nicht durch Selbstverleugung, werden wir unseren Markt bekommen, wenn die Weltabdrängnis nachdrücklich wird.

Nicht minder wichtig ist die Organisation unserer Wirtschaftskräfte. In der Industrie haben sich in der Krise und nach dem Streike Entwurfsformen herausgebildet, die auf das nachdrücklichste in ihrer Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft gewahrt werden müssen. Die nationalwirtschaftliche unproduktive Geschäftstätigkeit muß planmäßig gefördert werden. Deutschland kann nicht wieder ein Agrarland werden. Nicht Agrarland oder Industrie ist die Parole, sondern Agrarland und Industrie! (Beifall.) Es muß eher eine Industrialisierung der Landwirtschaft erfolgen im Sinne einer stark gesteigerten Technik.

Die sozialistischen Aufgaben

Das Programm kann nur gelöst werden, wenn auch die richtige sozialistische Einstellung der deutschen Volksgemeinschaft erwidert werden kann und das ist ein Problem des sittlichen Wiedererwaches der Nation. Wir müssen soweit wie möglich die inneren Gegensätze zurückstellen. Ein Volk von der geschäftlichen Vergangenheit und den wirtschaftlichen Leistungen wie das deutsche muß trotz harter Kisten sein Schicksal zu meistern imstande sein. Dazu ist notwendig, daß in allen Kreisen des Volkes der soziale, friedliebende Geist Wirth greift. Unbedingt notwendig ist es, den sozialistischen Wirth zu erhalten und die Wirthsbegeisterung zu haben. (Bravo des Hrn. Reichstangler und Hülfe: Anneliet Ammels)

... Memorie... (top left)

Die obereschlesische Frage

Begleich Obereschlesiens führt der Reichstagler u. a. aus: Die verlassene obereschlesische Bevölkerung hat ihr Selbstbestimmungsrecht zu verwalten... (main article text)

Eine deutsche Antwort General Hoefers Hall

General Hoefers hat heute auf die Forderung einer Deputation der N. A. R. den deutschen Selbstschutz zurückzuführen... (main article text)

Verstärkte polnische Angriffe

Zwischenfälle in Neutun und Giesow... Die Angriffe der Polen haben auf der ganzen Linie in der vergangenen Nacht mit verstärkten Mitteln angeknüpft... (main article text)

Das leidende Oberschlesien

Auf besonders unheimlich in das deutsche Bürgertum... Inzwischen ist vollständig in den Händen der Aufständischen... (main article text)

Esenen als... Die Empörung der Bevölkerung ist grenzenlos... (right column text)

Korkantys "Zwangverwaltung"

Nach Meldung der Zeitung "Der Deutsche" verlässt... (main article text)

Die englischen Truppen in Oberschlesien

Wie gemeldet wird, sind in Oberschlesien weitere britische... (main article text)

General Hoefers der mittelschlesische... (main article text)

Das österreichische Kabinett demissioniert

(Eigener Prohibitionsbericht d. S.)... (main article text)

Fehde

84) Roman von A. v. S. (Redaktion verboten)... (main article text)

Leuten doch nicht das willkommene Schauspiel geben... (main article text)

Das Ergebnis seiner Bemühungen war die Verwundung... (main article text)

